

Antrag 115/II/2025**Jusos LDK****Der Landesparteitag möge beschließen:****Der Bundesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Schutz und Sichtbarkeit jüdischen Lebens – Gegen jeden Antisemitismus jeden Tag**

1 Seit dem 7. Oktober 2023, dem Tag des brutalen Massakers
2 der Hamas an israelischen Zivilist*innen, erleben wir auch
3 in Berlin und in ganz Deutschland einen drastischen An-
4 stieg antisemitischer Vorfälle. In diesem Land, das sich zu
5 „Nie wieder“ bekennt, müssen Jüdinnen*Juden aktuell je-
6 den Tag um ihre Sicherheit fürchten – sei es auf der Straße,
7 in der Schule, auf dem Campus oder im Internet. Sichtba-
8 re jüdische Identität ist für viele Menschen zur Gefahr ge-
9 worden.
10
11 Allein in Berlin wurden im Jahr 2024 bisher 2.521 antisemi-
12 tische Vorfälle dokumentiert – fast doppelt so viele wie im
13 Vorjahr. Deutschlandweit spricht der Bundesverband RIAS
14 von über 8.600 Vorfällen im Jahr 2024 – das sind durch-
15 schnittlich mehr als 23 pro Tag. Seit dem 7. Oktober 2023
16 sind die täglichen Vorfälle im Vergleich zur Zeit davor um
17 ein Vielfaches gestiegen. Dazu zählen Übergriffe, Bedro-
18 hungen, Sachbeschädigungen, Propaganda und digitale
19 Hetze. Besonders besorgniserregend ist der Anstieg ge-
20 walttätiger Übergriffe und der gezielten Angriffe auf jüdi-
21 sche Einrichtungen. Die Angst ist real: Viele jüdische Men-
22 schen trauen sich nicht mehr, eine Kippa zu tragen oder
23 hebräische Gespräche in der Öffentlichkeit zu führen. Jü-
24 dische Eltern haben Angst, ihre Kinder in eine jüdische Ki-
25 ta oder Schule zu schicken.
26
27 Hinzu kommt der stark gestiegene israelbezogene Antise-
28 mitismus, der unter dem Deckmantel vermeintlicher „Is-
29 raelkritik“ die Grenze zum offenen Judenhass überschrei-
30 tet. Fahnenverbrennungen, Holocaustverharmlosungen,
31 antisemitische Parolen auf Demonstrationen und im Netz
32 sowie die Leugnung des Existenzrechts Israels gehören zur
33 bitteren Realität. Solche Narrative speisen sich aus ver-
34 schwörungsideologischen, aus religiös begründetem Ex-
35 tremismus, aus rechtsextremen und auch aus linken Kon-
36 texten – sie dürfen nicht relativiert oder geduldet wer-
37 den. Israelbezogener Antisemitismus ist Antisemitismus.
38 Punkt.
39
40 Die Reaktionen von Politik und Gesellschaft reichen bis-
41 lang nicht aus. Weder werden die Betroffenen ausrei-
42 chend geschützt, noch ist die Präventionsarbeit so wirk-
43 sam, wie sie sein müsste. Wir sehen die dringende
44 Notwendigkeit, jüdisches Leben in Berlin und in ganz
45 Deutschland besser zu schützen, sichtbarer zu machen
46 und gegen Antisemitismus jeder Form konsequent vorzu-
47 gehen – auf der Straße, in Institutionen und im digitalen

48 Raum.

49

50 **Deshalb fordern wir:**

51

52 **Flächendeckende Antisemitismus-Bildung** in Schu-
53 len, Universitäten, öffentlichen Einrichtungen und
54 Sicherheitsbehörden. Diese Bildung muss regelmäßig,
55 verpflichtend und mit der Perspektive der Betroffenen
56 gestaltet werden.

57

58 **Erhöhte Sicherheitsvorkehrungen** für jüdische Einrichtun-
59 gen, Gedenkort und kulturelle Veranstaltungen. Dazu
60 gehört auch die finanzielle Förderung für Sicherheitsmaß-
61 nahmen, Schutzkonzepte und Polizei-Präsenz, wo nötig
62 und gewünscht.

63

64 **Stärkere Strafverfolgung antisemitischer Taten.** Polizei
65 und Justiz müssen personell und inhaltlich besser aufge-
66 stellt werden, um antisemitische Straftaten klar zu benen-
67 nen, konsequent zu verfolgen und angemessen zu ahn-
68 den.

69

70 **Klare und sichtbare Solidarität mit jüdischem Leben** – von
71 staatlichen Akteur*innen, Parteien, Zivilgesellschaft und
72 auch den demokratischen Jugendorganisationen. Schwe-
73 gen oder Relativierungen sind keine Option.

74

75 **Digitale Verantwortung übernehmen:** Plattformen müs-
76 sen verpflichtet werden, antisemitische Inhalte schneller
77 zu löschen. Die Europäische Union muss sozialen Netz-
78 werken in die Pflicht nehmen, um Hate Speech effizient
79 zu bekämpfen und digitale Schutzräume zu schaffen.

80

81 **Ausbau von Beratungs- und Unterstützungsstrukturen**
82 wie RIAS, OFEK oder jüdischen Selbstorganisationen. Be-
83 troffene antisemitischer Gewalt müssen psychosoziale,
84 rechtliche und finanzielle Unterstützung erhalten – unbü-
85 rokratisch und solidarisch.

86

87 **Erinnerungskultur stärken und erneuern.** Gedenkarbeit
88 soll verständlich und niedrigschwellig sein. Wir fordern
89 die verstärkte Förderung von Projekten, die Erinnerung le-
90 bendig machen und junge Menschen für die Realität jüdi-
91 schen Lebens heute sensibilisieren.

92

93 Antisemitismus ist nicht nur ein Problem der Vergangen-
94 heit, sondern der Gegenwart. Als Jusos stehen wir in der
95 Verantwortung, jüdisches Leben in Deutschland nicht nur
96 zu tolerieren, sondern aktiv zu schützen und zu stärken.
97 Wer „Nie wieder“ sagt, muss heute handeln – klar, mutig
98 und unmissverständlich.

99